

Betriebsrats- information



DES EVANGELISCHEN DIAKONIEWERKS GALLNEUKIRCHEN

24.März 2015

**SCHLUSS MIT DEN
KÜRZUNGEN IM
SOZIALBEREICH !**



Foto: Peter Engl

das war die Demo



Die Botschaften der Kundgebung wurden in mehreren Reden—angefangen vom ÖGB Landesvorsitzenden und AK-Präsidenten Johann Kalliauer über einzelne Betriebsratsvorsitzende bis hin zum Landesgeschäftsführer der GPA, Andreas Stangl—verdeutlicht und zwischendurch mit Musik der Gruppe „Widerstand“ aufgelockert.

Nachfolgend Auszüge aus der Rede von Thomas Lasinger, unserem BR-Vorsitzenden:

2,4 Mio. Euro soll das Diakoniewerk einsparen. Das heißt übersetzt: ca. 60 Vollzeitjobs/ mindestens 70 Teilzeitjobs. Die jetzigen Sparmaßnahmen wirken sich deshalb verstärkt aus, weil ja schon in den letzten Jahren stark eingespart wurde: 1.) hat das Land OÖ die Valorierungen des Kollektivvertrags nur teilweise abgegolten 2.) es ist in der Tagesstrukturen (Werkstätten, FÖGs, Betriebe) Personal gekürzt worden 3.) der Wohnbereich ist durch zusätzliche Aufnahme von KlientInnen und Gästen bei gleichzeitiger Einsparung von Dienstposten belastet worden. Wir werden systematisch ausgehungert. Die Verdichtung der Arbeit steigt ständig. Die Qualität der Arbeit wird fraglich. Die Burn-Out Rate steigt ebenso. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz. Die Teilzeitbeschäftigung erlaubt meist nicht, von den Gehältern zu leben. Zusätzlich anderswo zu arbeiten, geht aufgrund des Drucks zur Flexibilisierung der Arbeitszeit auch nicht. Also: Wer wird in Zukunft noch in diesen Bereichen arbeiten wollen/können? Wer wird es sich noch leisten können, im Sozialbereich tätig zu sein? Die größtenteils betroffenen Frauen werden die Mindestpensionistinnen der Zukunft sein. Die geplanten Einsparungen sind damit mitverantwortlich für die Ungleichbehandlung von Frauen am Arbeitsmarkt. Wo will das Land OÖ hin? Will man MitarbeiterInnen im Sozialbereich in die Armutsfalle drängen? Soll die Arbeit im Sozialbereich bald nur mehr ein Hobby oder Ehrenamt für sozial gesinnte Menschen sein? Wir fordern: Schluss mit den Einsparungen!



AUSBLICK

In den kommenden Tagen gibt es ein Treffen von den Geschäftsführungen der betroffenen Einrichtungen mit der Soziallandesrätin und dem Landeshauptmann, wo das erste Mal Konkretes über die Kürzungen bekannt gegeben wird.

Sollte das Ergebnis weiterhin einen deutlichen Einschnitt bezüglich Arbeitsbedingungen und Betreuungsqualität bedeuten, wird es weitere Aktionen - unterstützt von den Gewerkschaften GPA und vida und der Interessensvertretung - geben.

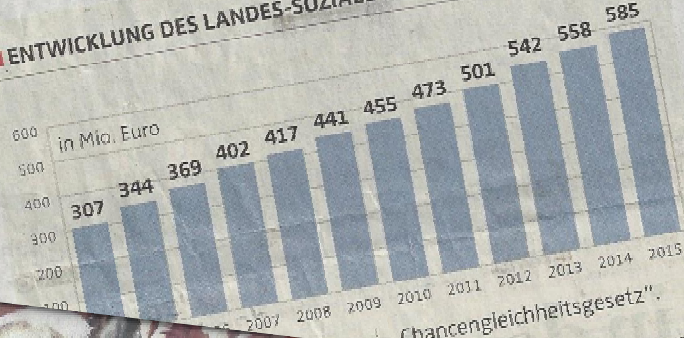
Wenn dies notwendig wird, zählen wir wieder auf eure Solidarität und hoffen auf breite Unterstützung durch möglichst viele KollegInnen!

Mehr als 6800 Menschen haben ihren Arbeitsplatz in der Betreuung Beeinträchtigter.

Behindertenbetreuer fürchten um Jobs und marschieren vor dem Landhaus auf

Von Heinz Steinbock und Anneliese Edlinger

ENTWICKLUNG DES LANDES-SOZIALBUDGETS



LINZ. Die Verunsicherung ist groß, der Ärger auch. Weil jene Einrichtungen, die in Oberösterreich Betreuung für behinderte Menschen leisten, bis 2018 um 25 Millionen Euro weniger bekommen sollen, werden 6800 Beschäftigte

mussten mehrere Jahre Zahlungen in die nächsten Budgets verschoben werden, die sich schließlich auf jene 25 Millionen Euro summierten, die jetzt heringebracht werden müssen.

Abgeltung nach Leistung

Über Leistungsverträge werden die Organisationen wie Caritas, Volkshilfe oder Lebenshilfe vom Land bezahlt, sie betreuen rund 10.000 Personen. In diesen Abgeltungen müssen die Einsparungen von 25 Millionen Euro in vier Jahren untergebracht werden. Die Organisationen könnten dies zum Teil „flexibel“ gestalten, heißt selbst entscheiden, wie gespart werden soll. In der Sozialabteilung ist alles was nicht gestattet ist, aufzufüllen.



Protesttag der Betreuer: 1700 Mitarbeiter der Behindertenhilfe machten ihrem Unmut Luft.

25 Millionen Euro weniger für Soziales? Gewerkschaft droht mit Arbeitskampf

Von Heinz Steinbock und Anneliese Edlinger

LINZ. Der Aufruf zum Protest hat gewirkt: Der Landhaus-Vorplatz war voll mit Demonstranten, teilweise auch die angrenzenden Parkflächen. Rund 1700 Menschen kamen gestern Nachmittag zur Protest-Demo gegen die geplanten Budgetkürzungen in der Behindertenhilfe (siehe Kasten).

Auf der Promenade machte eine Band, sinnigerweise mit dem Namen „Widerstand“, Stimmung. Kurz wurden Sprechchöre geübt („Soziale Arbeit ist mehr wert“), um 13.30, zum offiziellen Beginn der Kundgebung, wurde die anfangs fast volkstümliche Stimmung schnell kämpferischer. Neun Redner, Betriebsräte, Gewerkschafter und als erster ÖGB-Landesvorsitzender Johann Kalliauer, wurden aufgerufen. Kalliauer verurteilte die „Solidarität des gesamten ÖGB“, es sei „nicht einzuzugestehen, dass im Sozialbereich der Tarif angesetzt wird“.

„Das Defizit kam über mehrere Jahre durch nicht im Budget abgedeckte Ausgaben zustande, die in die nächsten Budgets „weiter-

sollten die Einsparungen zustande kommen, wenn nicht auf dem Rücken des Personals. Wir haben schon genug gespart“, sagte etwa Diakonie-Betriebsrat Thomas Lasinger. Eine „andere Gruppe, die mehr Einfluss hat“ (gemeint: die Ärzte, Anm.) bekämen genau diese 25 Millionen von Landeshauptmann Josef Pühringer zugesprochen, so ein Betriebsrat.

Dass der Landeshauptmann die Demo vorige Woche ein „Spektakel“ genannt hatte, wurde verärgert kommentiert: „Wir lassen uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen“. Am Ende kam GPA-Landesgeschäftsführer Andreas Stangl zu Wort, der sich von der

„Diese Kundgebung ist für die Gewerkschaft eine Aufwärmübung. Wenn die Kürzung um 25 Millionen Euro kommt, wird es einen Arbeitskampf geben.“

Andreas Stangl, Landesgeschäftsführer der GPA

Menge der Protestierenden beeindruckt zeigte. Und Stangl stellte eine härtere Gangart in Aussicht, falls die Politik nicht einlenke: die Kundgebung sei für die Gewerkschaft eine „Aufwärmübung“, wenn die Kürzungen kommen, werde es einen Arbeitskampf geben.

An Sozillandesrätin Gertraud Jahn (SP) hätten die Gewerkschaften und GPA zuvor schon eine Resolution übergeben, in der „auf Scharfste“ gegen die geplanten Kürzungen protestiert wurde. „Wir fordern die Politik auf, die Budgettricks zu beenden und die Finanzierung des Sozialbereichs bedarfsgerecht zu erhöhen“, hieß es auch in der Resolution.

Sie habe „Verständnis“ für die Proteste, sagte Jahn. Ihr gehe es um die „Absicherung des bestehenden Leistungsangebots“. Defizite der vergangenen Jahre wegen des Ausbaus der Betreuung hätten noch „zum Teil intern kompensiert werden können, was jetzt nicht mehr geht“.

Auch Pühringer sprach gestern von „Verständnis für die Anliegen“, verwies aber auch auf die Ausgaben für Behindertenhilfe, die von 2004 bis 2015 von 156 auf 399 Millionen Euro gestiegen seien. Am 26. März wird es ein erstes Gespräch zwischen Pühringer, Jahn, der „Allianz für Chancengleichheit“ und den Trägerorganisationen geben.

DER GRUND FÜR DEN PROTEST

In vier Jahren (2015 bis 2018) sollen bei den Ausgaben für Behindertenhilfe in Summe 25 Millionen Euro eingespart werden. Nach Rechnung der Gewerkschaft würde dies 500 bis 540 Arbeitsplätze weniger bedeuten. Rund 6800 Personen arbeiten in diesem Bereich.

„Das ging so weit, dass Einrichtungen in den Jahren 2010/11 fertiggestellt wurden, aber der laufende Aufwand nicht ausreichend ins Sozialbudget eingestellt werden konnte“, bestätigt auch Soziallandesrätin Gertraud Jahn (SP).

Das Budget für Maßnahmen der Behindertenhilfe, die im öö. Chancengleichheitsgesetz 2007 geregelt sind, beträgt für 2015 399 Millionen Euro.

„Bei den Ärzten werden 20 Millionen Euro mehr ins System gesteckt. Das ist genau das Geld, das im Sozialbereich fehlt. Das ist eine inakzeptable Ungleichbehandlung.“

Christoph Schütz, (45), Behindertenpädagoge aus Gallneukirchen

„Der Druck nimmt ständig zu, die Ressourcen sind jetzt schon so knapp. Da noch weiter einzusparen ist nicht möglich. Die Politik soll umschichten, damit für Soziales mehr Geld da ist.“

Romana Zeitl, (47), Reinigungskraft aus Linz

„Wir wissen schon, dass das Sozialbudget laufend steigt. Aber die Zuwächse sind trotzdem nicht genug. Eine qualitätsvolle Betreuung beeinträchtigter Menschen kostet einfach.“

Berti Weichselbaumer, (45), Diplomkrankenschwester aus Wartberg ob der Aist